



Vorlage Nr.: GRÜ/013		20.10.2006	
Fraktionsantrag		öffentlich	
für den	Berichterstatter	Sitzung am	TOP
Kreistag	Landrat	23.10.2006	11.1

Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 20.10.2006
Hier geboren - hier zuhause: Recklinghausen für ein Bleiberecht für langfristig
hier lebende geduldete Menschen

Beschlussvorschlag: siehe Anlage

Erläuterungen zur Sach- und Rechtslage:

(Bei Maßnahmen mit Auswirkungen auf Umwelt, Gleichstellung oder Finanzen ist in den Erläuterungen darauf besonders einzugehen)

Der Antrag ist als Anlage beigelegt.

Amt Fachdienst	Amtsleiter/in Fachdienstleiter/in	Dezernent/in Fachbereichsleiter/in	Kreisdirektor	Landrat
12				

Beratungs- ergebnis	☐ gemäß Beschlussvorschlag		☐ abweichender Beschluss	
	☐ einstimmig	Ja:	Nein:	Enth.:

Kreistagsfraktion
Recklinghausen

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, Kurt-Schumacher-Allee 1, 45857 Recklinghausen

An:
Herrn Landrat Jochen Welt

im Hause

Fraktionen des Kreistags

Medien

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN
Kurt-Schumacher-Allee 1
45857 Recklinghausen
Telefon: 02361-533075
Telefax: 02361-533275

Geschäftsführer:
Peter Sackkamp
Telefon: 0176-31226474

Der Landrat - Betriebsbeauftragte	
PA	☐
RA	☐
RA-St	☐
Vf/Pr	☐
13 Okt. 2006	
WW	☐
Unterschrift	☐
Stempel	☐

Recklinghausen, der 19.10.06

Antrag zum Kreistag am 23.10.2006

Sehr geehrter Herr Landrat Welt,
sehr geehrte Damen und Herren,

den folgenden Antrag legen hiermit auf dem Wege der Dringlichkeit für die Kreistagsitzung am 23.10.06 vor. Eine fristgerechte Beratung im darauf folgenden Kreistag ist aufgrund der bevorstehenden Beratung der Innenministerkonferenz leider nicht mehr möglich.

Hier geboren - hier zuhause: Recklinghausen für ein Bleiberecht für langjährig hier lebende geduldete Menschen!

Ca. 200.000 Flüchtlinge in Deutschland, davon ca. 60.000 in NRW, leben mit einer sog. "Duldung". Das ist kein rechtmäßiger Aufenthaltsstatus und bedeutet lediglich eine Aussetzung der Abschiebung. Der überwiegende Teil der "Geduldeten" lebt mit diesem "Nichtstatus" schon länger als fünf Jahre auch in unserer/r Stadt/Kreis. Ihre Kinder sind oftmals hier geboren, sie gehen zur Schule, sind integriert, nur sie bekommen für ihre Ausbildung keine Arbeitsgenehmigung. Für ihre Eltern ist es ebenfalls aufgrund der restriktiven Beschäftigungsverfahrensordnung sehr schwer, eine Arbeitsgenehmigung zu bekommen und ebenso schwer, einen Arbeitgeber zu finden, der sie mit zum Teil nur auf drei Monate befristeten Duldungen einstellt. Wir brauchen endlich eine Bleiberechtsregelung, die länger bei uns lebenden integrierten Menschen eine faire Zukunftsperspektive für sich und ihre Kinder



Grüne

gibt. Sie dauerhaft über öffentliche - das heißt in erster Linie kommunale - Mittel zu alimentieren und ihnen Arbeit und Ausbildung für ihre Kinder zu verweigern, ist nicht nur aus humanitären, sondern auch aus ökonomischen Gründen nicht zu vertreten. Die von der NRW-Landesregierung für die Innenministerkonferenz vorgeschlagene Altfallregelung wird aufgrund der hohen Hürden (zwei Jahre ununterbrochene sozialversicherungspflichtige Beschäftigung) nur einzelnen Familien eine echte Integrationschance geben können und reicht nicht aus, um das Problem zu lösen. Andere Bundesländer gehen mit ihren Vorschlägen weiter und schlagen eine "Probearbeitsverpflichtung" vor, die umgewandelt wird, wenn der Antragsteller eine Arbeitsstelle nachweisen kann.

1. **Der Kreistag Recklinghausen** begrüßt, dass sich inzwischen Vertreter/innen aller Parteien, der Kirchen, Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbände der Problematik der Menschen mit langjährigen "Ketteneinduldungen" angenommen haben und sich für ein wirksames Bleiberecht einsetzen.
2. **Der Kreistag Recklinghausen** appelliert an den Innenminister des Landes NRW, sich im Rahmen der nächsten Innenministerkonferenz am 16. und 17. November 2006 für eine Bleiberechtsregelung einzusetzen, die den langjährig hier lebenden Flüchtlingen und ihren Familien eine faire Integrationschance bietet. So darf z.B. die Forderung nach einer zweijährigen ununterbrochenen Beschäftigung nicht aufrechterhalten werden, da viele Flüchtlinge (auch in unserer Kommune) keine Arbeitserlaubnis erhalten. Ziel muss es sein, dass die Flüchtlingsfamilien in die Lage versetzt werden, ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten zu können. Der Zugang der Kinder zur beruflichen Ausbildung muss sichergestellt werden.
3. **Der Kreistag Recklinghausen** bittet die örtliche Ausländerbehörde bis zur Innenministerkonferenz ihr Ermessen auszuschöpfen, damit potenziell Begünstigte einer Bleiberechtsregelung nicht abgeschoben werden.

Mit freundlichen Grüßen
Sabine von der Beck

Fraktionsvorsitzende

gez.

Peter Saatkamp
Fraktionsgeschäftsführer

